

„Sehr, sehr wenige Erzeugel darunter“

Abriss zur Frühgeschichte der Parteifreien Gewerkschafter 1952-1975

Der vorliegende Text wirft einen Blick auf die frühe Geschichte der Parteifreien Gewerkschafter (PFG). Dabei stützt sich der Text hauptsächlich auf das Archiv der PFG, zu finden im Bestand des Instituts für historische Sozialforschung (IHSF) und – in deutlich kleinerem Umfang – auf die wenige Literatur, in der die Parteifreien Gewerkschafter Erwähnung finden.

Bevor jedoch die Geschichte der PFG im Mittelpunkt steht, erscheint es sinnvoll, ein paar Anmerkungen zum dem Text zugrundeliegenden Quellenmaterial aus dem Archiv der PFG zu verlieren: Der Bestand deckt zwar den kompletten Zeitraum von der Gründung bis in die nähere Gegenwart ab, ist aber zu großen Teilen unvollständig. Hier stechen vor allem die einzelnen Landesorganisationen hervor, da von diesen kaum Material erhalten ist. Eine Ausnahme stellt die Landesorganisation Oberösterreich dar: Von den insgesamt 17 im Archiv befindlichen Boxen machen allein die Materialien zur Landesgruppe Oberösterreich vier Boxen aus. Auch wenn dieser Teilbestand nicht als vollständig anzusehen ist, kann hier jedoch am ehesten von Annäherung an Vollständigkeit gesprochen werden. Eine weitere große Lücke im Bestand machen die 1960er- und frühen 1970er-Jahre aus, hier sind zwar immer wieder Dokumente erhalten, im Großen und Ganzen findet sich aber aus diesem Zeitraum das wenigste Material. Nichtsdestotrotz erlaubt der Bestand eine fruchtbare Auseinandersetzung mit dem Material und die Rekonstruktion wichtiger Aspekte der Frühgeschichte der PFG.

I. Die Arbeitsgemeinschaft parteifreier Betriebsräte und Arbeitnehmer (1952-1975)

Im Folgenden wird die Frühphase der Parteifreien Gewerkschafter in den Fokus genommen. Diese Frühphase erstreckt sich von der Gründung als Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte und Arbeitnehmer im Jahr 1952 bis zur Umbenennung zum heutigen Namen Parteifreie Gewerkschafter Oberösterreichs im Jahr 1975. Dabei konzentriert sich die Arbeit nach einem kurzen organisationsgeschichtlichen Abriss auf die Rolle alter Nationalsozialisten in der Arbeitsgemeinschaft und das Verhältnis von Arbeitsgemeinschaft zum Verband der Unabhängigen (VdU) und Wahlverband der Unabhängigen (WdU). In die Frühphase der PFG fällt auch die Diskussion und Formulierung von Grundsätzen, Zielen und Programmatik, um eine ideologische Grundlage für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft/PFG zu schaffen. Die

ideologische Ausrichtung und ihre Grundlagen unterliefen bis in die jüngere Vergangenheit kaum einer Veränderung, woran sich die Bedeutung dieser Frühphase für die weitere Geschichte klar ablesen lässt. Aus diesem Grund ist der Skizzierung der Programmatik in diesem Text ein eigener, längerer Abschnitt gewidmet.

1.1 Gründung & organisationsgeschichtlicher Abriss

Die Parteilosen Gewerkschafter Österreichs wurden im Oktober 1952 bei einer bundesweiten Versammlung parteiloser Betriebsräte aus ganz Österreich in Gmunden als Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte und Arbeitnehmer gegründet.¹ Der genaue Ablauf der Gründung erscheint bei Durchsicht des vorliegenden Materials als nicht eindeutig feststellbar: So lautet die offizielle Version, dass es zuerst ein Treffen in Gmunden gegeben habe und dann der Verein gegründet wurde, gleichzeitig finden sich aber auch Hinweise, dass zuerst der Verein gegründet wurde und dann die Versammlung in Gmunden stattfand.² Fest steht allerdings: Diese Gründungsversammlung stellte keine bloß spontane Zusammenkunft dar. Der Gründungsimpuls ging von parteilosen Betriebsräten in Wien aus³, die sich mit „schon lange bekannten Kollegen“ vernetzten und öffentlich zum Treffen in Gmunden aufriefen.⁴ Diese Gründung stellt den Zusammenschluss verschiedener parteiloser Betriebsräte sowie schon in Vereinen organisierten „Parteilosen“ dar. Diese Zusammenschlüsse existierten teils schon seit 1948/49. Um welche und wie viele es sich dabei genau handelte, lässt sich schwer nachvollziehen, personelle Kontinuitäten hingegen lassen sich zumindest bei zwei im Vorhinein existierenden Organisationen feststellen, die in der Arbeitsgemeinschaft aufgingen: der Vereinigung der parteilosen Betriebsräte Oberösterreichs und der Vereinigung parteiloser Gewerkschafter Tirols.⁵ Die Vereinigung parteiloser Gewerkschafter Tirols ging mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft in dieser auf, die Vereinigung der parteilosen Betriebsräte – oder zumindest ein Teil von diesen – fand über einen Umweg ihren Platz in der Arbeitsgemeinschaft: Sie ging zuerst als unterstützende Organisation im VdU auf, ihre führenden Funktionäre schlossen sich dann aber im Anschluss an die Gründung der Arbeitsgemeinschaft dieser an.⁶

¹ IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Protokoll 1. Außerordentlicher Bundeskongress & 10-jähriges Jubiläum, 9, Datum unbekannt.

² IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M1, Protokoll über die erste Tagung parteiloser Betriebsräte Kärntens, 2, 7.12.1952.

³ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M1, Protokoll über die erste Tagung parteiloser Betriebsräte Kärntens, 1, 7.12.1952.

⁴ IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Protokoll 1. Außerordentlicher Bundeskongress & 10-jähriges Jubiläum, 22, Datum unbekannt. sowie: IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Ansprache 60-jähriges Jubiläum, 5, 5.5.2012.

⁵ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M1, Parteilose und Herbstwahlen, 9.7.1949.

⁶ Höbelt, Vierte Partei, S. 55.

Organisiert wurde die Arbeitsgemeinschaft in mehrere Vereine: ein Verein mit Sitz in Wien, der die Bundesorganisation repräsentierte – Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs –, sowie jeweils eigene Vereine für die Länderorganisationen Oberösterreich (Gründung: 19.5.1955; die oberösterreichische Landesgruppe selbst existierte schon seit der Bundesgründung 1952)⁷, Salzburg (Gründung: 2.12.1952)⁸, Tirol (Gründungsdatum unbekannt), Vorarlberg (23.1.1952)⁹, Kärnten/(Koroška) (Gründung: 7.12.1952)¹⁰, Steiermark (Gründung der steirischen Landesgruppe: 30.11.1952¹¹; Vereinsgründung: vermutlich 8.12.1956¹²), Niederösterreich (Gründungsdatum unbekannt) und ein Verein für Wien und Burgenland (Gründungsdatum unbekannt). Im Jahr 1956 wurde die Landesorganisation Niederösterreich aufgelöst und in die Landesorganisation Wien, Niederösterreich und Burgenland (Gründungsdatum: 23.5.1955¹³) eingegliedert.¹⁴ Die Landesorganisationen selbst wurden – abhängig von ihrer Größe – intern in Gebiete mit eigenen Leitungen aufgeteilt. Eine solche interne Aufteilung trifft vor allem für die Bundesländer Oberösterreich und Steiermark zu. Bis in das Jahr 1975 bestand ein Länderrat als oberstes Gremium. Der Verein der Bundesorganisation teilt sich bis heute in eine Bundesleitung (zusammengesetzt aus Funktionären der Landesorganisationen) und den Bundesvorstand.

Diese Organisationsstruktur erscheint aus dem gesichteten Material heraus als sehr stabil: Abspaltungen oder interne Probleme – gemessen am Abstimmungsverhalten und den Vermerken zu diesen in den vorhandenen Protokollen – lassen sich kaum feststellen, was darauf schließen lässt, dass es sich um keine heterogene Gruppierung, deren einzige gemeinsame Klammer „parteilos“ darstellte, handelte, sondern um eine in sich ideologisch homogene(re) Gruppierung handelt(e). Lediglich in der Landesleitung Steiermark kam es zu einem Streit und einhergehend damit auch zu einer Abspaltung: Der Landes- und Bundesobmann Heribert

⁷ IHSF-Archiv, 5.2.2.2.M2, Protokoll über die konstituierende Versammlung der Arbeitsgemeinschaft parteifreier Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs, 19.2.1955.

⁸ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M3, Landesleitung Salzburg konstituiert am 2.12.1952, 2.12.1952.

⁹ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M8, Prov. Landesvorstand, zusammengestellt anl. der 1. Aussprache parteiloser Betriebsräte am 23.1.52 in Feldkirchen (Vrlbg), 23.1.1952.

¹⁰ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M1, Protokoll über die erste Tagung parteiloser Betriebsräte Kärntens, 7.12.1952.

¹¹ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M4, Protokoll über die Gründung des Landesverbandes Steiermark der „Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte u. Arbeitnehmer“, 30.11.1952.

¹² IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M4, 1. Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft parteifreier Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs, 8.12.1956.

¹³ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M10, Protokoll über die konstituierende Generalversammlung des Vereines Arbeitsgemeinschaft parteifreier Betriebsräte und Arbeitnehmer f. Wien, N.Ö. u. Bgld. Vom Montag, dem 23.5.1955, 23.5.1955.

¹⁴ IHSF-Archiv, 5.2.2.7.M2, Abmeldung des Vereines Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte und Arbeitnehmer Niederösterreichs, 25.4.1956.

Eberharth wurde 1956 aus der Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen.¹⁵ Den einzigen weiteren Hinweis auf grobe Meinungsverschiedenheiten stellt die Diskussion um das Prädikat „parteilos“ oder „parteilfrei“ dar: Im Protokoll der Generalversammlung im November 1955 wird eine „heftige Debatte“ um die Umbenennung von parteilos zu parteilfrei vermerkt, die Abstimmung aber dann doch mit 68 zu 2 (mit 4 Enthaltungen) beendet. Ab diesem Zeitpunkt wurde unter dem Namen Arbeitsgemeinschaft parteifreier Betriebsräte und Arbeitnehmer weitergearbeitet.¹⁶

Unter diesem Namen existierte die Organisation bis 1975. In diesem Jahr wurde die Arbeitsgemeinschaft schließlich in „Parteilfreie Gewerkschafter Österreichs“ umbenannt, die einzelnen Landesvereine, der Länderrat und der Bundesverein wurden aufgelöst und die Strukturen in den Verein Parteilfreie Gewerkschafter Österreichs integriert.¹⁷ Gleichzeitig verlegte man den Sitz der Bundesleitung nach Linz.¹⁸ Seitdem existieren Name und Organisationsstruktur unverändert bis heute.

1.2 Hochphase & Niedergang

Die Phase bis 1975 ist gleichzeitig vom Höhepunkt des Einflusses wie auch dessen Verlust geprägt: Während bei der AK-Wahl 1954 das beste Ergebnis der Geschichte der PFG – 26 Mandate – erreicht werden konnte, begann dieser Erfolg im Laufe der nächsten Jahre immer weiter zu zerbröseln: So sank die Mandatsanzahl 1959 auf 15, 1964 auf 11 und 1969 auf 4 Mandate, um schließlich im Jahr 1974 die Präsenz in Mandatsform in der Arbeiterkammer zu verlieren. Klare Hochburgen stellen in dieser Zeit die Bundesländer Oberösterreich, Steiermark und Tirol dar.¹⁹ Seit 1962 ist die Arbeitsgemeinschaft und später die PFG mit einem Sitz im Bundesvorstand des ÖGB vertreten.

Ein für die Arbeitsgemeinschaft und PFG prägender Konflikt stellt das Ringen um Anerkennung als Fraktion innerhalb des ÖGB dar. Von Beginn der Gründung an wurde eine

¹⁵ Weitere Information zu Eberharth siehe in den folgenden Abschnitten.

¹⁶ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M2, Protokoll über die Generalversammlung der Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs am 23.1.1955 in Wien, 16, 23.1.1955.

¹⁷ vgl. Korrespondenzen der Landesorganisationen sowie Protokolle der Bundesleitung: IHSF-Archiv, 5.2.2.1, PFG Bundesländer; IHSF-Archiv, 5.2.2.5 Absprache, Zielformulierung, Programmatisches; Bundesleitung Protokolle (1952-2001); IHSF-Archiv, 5.2.2.7.M2, Brief Parteilfreie Gewerkschafter Österreichs an Bundesministerium für Inneres (BMI), 18.6.1975; Brief Parteilfreie Gewerkschafter Österreichs an die Sicherheitsdirektion f. Oberösterreich, 1.10.1976.

¹⁸ IHSF-Archiv, 5.2.2.7.M2, Bescheid BMI an Parteilfreie Gewerkschafter Österreichs, 22.7.1975.

¹⁹ vgl. AK-Wahlen 1949-2019, Arbeiterkammer Österreich, URL: [AK Wahlen 1949 bis 2019 Ergebnisse und Mandatsverteilung endgültig.xlsx \(arbeiterkammer.at\)](https://www.arbeiterkammer.at/Ergebnisse-und-Mandatsverteilung-endgultig.xlsx) (zuletzt abgerufen am 2.3.2021).

solche Anerkennung zu erwirken versucht²⁰. In einem Brief mit Bitte um Anerkennung durch den ÖGB – mit Verweis auf die Verweigerung von Zuerkennung von Fraktionsmandaten in Kärnten/Koroška aufgrund eines fehlenden anerkannten Fraktionsstatus – heißt es in einer Antwort des ÖGB-Präsidenten Johann Böhm: „In Beantwortung Ihres Schreibens vom 7. ds. M. teile ich mit, daß ich keine Möglichkeit zu einer ausdrücklichen Anerkennung parteifreier Mitglieder des Gewerkschaftsbundes als Fraktion sehe. Eine Fraktion wird nicht anerkannt, sondern sie besteht oder auch nicht.“²¹ Nachdem die Bemühungen um eine Aussprache bis 1956 keinen Erfolg verzeichneten, brach die Arbeitsgemeinschaft Ende 1956 ihren diesbezüglichen Kontakt mit dem Präsidenten Böhm ab.²² In der Folge übernahm der Vorsitzende der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft, Friedrich Hillegeist, den Kontakt im Namen Böhms.²³ Ein erster Erfolg in diese Richtung wurde dann beim ÖGB-Präsidenten Franz Olah erreicht: Dieser sicherte im April 1961 einen Sitz im Bundesvorstand für die Arbeitsgemeinschaft zu²⁴, woraufhin im Juni 1962 erstmals ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft in den Bundesvorstand kooptiert wurde.²⁵ Eine Anerkennung fand dann im Jahr 1997 statt: Seit diesem Zeitpunkt sind die Parteifreien Gewerkschafter als Fraktion innerhalb des ÖGB anerkannt und befinden sich damit mit einer fixen Fraktionsvertretung im Bundesvorstand des ÖGB.²⁶

II. Die „Ehemaligen“, VdU, WdU und die Arbeitsgemeinschaft

Bei der Durchleuchtung des vorhandenen Quellenmaterials stellte sich vor allem eines sehr schnell heraus: ein Naheverhältnis zum Verband der Unabhängigen (VdU) und die Funktion der Arbeitsgemeinschaft als Sammelbecken für alte Nationalsozialisten. Das zeigt sich an verschiedenen personellen Kontinuitäten und Kontakten. In einem ersten Schritt soll hier versucht werden, das Verhältnis der Arbeitsgemeinschaft zum VdU zu skizzieren, um weitergehend vor allem anhand des Mitgliederverzeichnisses der Arbeitsgemeinschaft Oberösterreich und Biografie(n) ehemaliger Nationalsozialisten personelle Kontinuitäten von Nationalsozialismus zur Arbeitsgemeinschaft offenzulegen.

²⁰ Diese Bemühungen beginnen organisationsgeschichtlich auch schon vor der Gründung der Arbeitsgemeinschaft: Ab 1949 versuchte die in der Arbeitsgemeinschaft aufgegangene Vereinigung parteiloser Betriebsräte Tirols den Fraktionsstatus in Tirol zu erhalten. Siehe: IHSF-Archiv, 5.2.4.1.M1 ÖGB Korrespondenzen (1949-1955).

²¹ IHSF-Archiv, 5.2.4.1.M2, Brief Johann Böhm an Arbeitsgemeinschaft parteifreier Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs, 14.3.1956.

²² IHSF-Archiv, 5.2.4.1.M2, Brief Arbeitsgemeinschaft an Johann Böhm, 15.10.1956.

²³ IHSF-Archiv, 5.2.4.1.M2, Brief Friedrich Hillegeist an Arbeitsgemeinschaft, 17.11.1956.

²⁴ IHSF-Archiv, 5.2.4.1.M3, Aktenvermerk Aussprache Präsidium ÖGB und Verhandlungskomitee, 17.4.1961.

²⁵ IHSF-Archiv, 5.2.4.1.M3, Brief ÖGB an Erich Vogel, 14.6.1962.

²⁶ vgl. [Unsere Geschichte | PFG](#) (zuletzt abgerufen am 2.3.2021).

2.1 Arbeitsgemeinschaft und VdU – Nähe, (strategische) Abgrenzung und personelle Fluktuationen

Betrachtet man die Frühphase der Arbeitsgemeinschaft, fällt bald auf, dass sie sich immer wieder im Kontakt, personellen Austausch und/oder in personeller Überschneidung mit dem Verband der Unabhängigen (VDU) befand. Das bedeutet aber nicht, dass sie sich automatisch in einem engen organisatorischen Verhältnis zum VdU befand. Vielmehr ist das Verhältnis von einem Wechselspiel aus ideologischer Nähe, einer oftmals strategischen Abgrenzung, einer – im Rahmen dieser Abgrenzung – personellen Fluktuation von Arbeitsgemeinschaft und VDU, wie auch von VDU zu Arbeitsgemeinschaft, sowie personeller Überschneidung geprägt.

Schon in der Vorbereitungszeit der Gründung des VDU wurde erwogen, die „Arbeitsgemeinschaft der parteiunabhängigen Betriebsräte“ in die Gründung miteinzubeziehen, wie Herbert Kraus in einem Brief an Arthur Meinhold, datiert auf den 16.12.1948, festhält.²⁷ Nachdem die Gründung der Arbeitsgemeinschaft allerdings erst im Jahr 1952 erfolgte, bleibt unklar, von welcher Gruppierung er spricht, es dürfte sich aber um folgende handeln: Mit der Verlautbarung der Gründung des VdU wurden auch eine Reihe unterstützender Organisationen genannt, welche sich in drei große Blöcke gliedern: Einer dieser Blöcke waren die parteilosen Betriebsräte. Dabei handelte es sich hauptsächlich um die Vereinigung parteiloser Betriebsräte Oberösterreichs um Matthäus Paschinger und Josef Karolyi, welche in der VdU-Gründungsverlautbarung namentlich genannt wurden.²⁸ Karolyi war außerdem nicht nur innerhalb des VdU tätig, sondern hatte auch bis Oktober 1950 eine repräsentative Funktion als Stellvertreter des VdU-Bundesobmanns Herbert Kraus inne.²⁹

Der Wunsch und Versuch der Einbeziehung von parteifrei Organisierten blieb über die Gründung hinaus erhalten, wie das Gedächtnisprotokoll einer Absprache der Bundesleitung der Arbeitsgemeinschaft mit Vertretern des VdU Steiermark am 7.10.1952, also kurz nach der Gründung der Arbeitsgemeinschaft, beweist: Im Protokoll wurde festgehalten, dass das Treffen auf Ansuchen der VdU-Landesräte Kandutsch und Maier stattfand, die ein gemeinsames Vorgehen in von beiden Organisationen vertretenen Positionen vorschlugen. Während von

²⁷ Höbelt, Lothar, Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948-1955, Wien/Köln/Weimar 2015, 20.

²⁸ Höbelt, Lothar, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz 1999, 55. Höbelt spricht hier vom Verband der parteifreien Betriebsräte Oberösterreichs, die genannten Personen sind allerdings ident.

²⁹ Wolfgang Oberleitner, Politisches Handbuch der Republik Österreich 1945-1960, Wien 1960, 50.

Seiten der Bundesleitung einer solchen Zusammenarbeit – mit dem Hinweis, frei von parteipolitischem Einfluss sein zu wollen – eine Absage erteilt wird, wird gleichzeitig eine Art Arbeitsübereinkommen getroffen:

„In einer längeren ungezwungenen Diskussion werden sozialpolitische Fragen angeschnitten und erörtert. Es wird Gemeinsames festgestellt und von den Herren des VDU nochmals die Erklärung abgegeben, dass sie ihre Unterstützung überall zusagen, wo sich Forderungen der Arbeitsgemeinschaft mit jenen des VDU decken. Sie kommen dem Ersuchen Harbachs nach, den Landesleiter Eberharth in der Steiermark in seinen organisatorischen Arbeiten für die im Feber stattfindenden Wahlen freie Hand zu lassen und stellen nur die Bedingung, dass er VDU-Betriebsräte nicht ohne vorherige Fühlungnahme ausspanne. Die Absprache endet um 21 Uhr mit der Erklärung beider Teile, in Arbeitnehmerfragen in Fühlung zu bleiben.“³⁰

Eine etwas andere Situation zeigte sich auf der ersten Tagung der Arbeitsgemeinschaft Kärnten: Nach der Wahl der Landesleitung wurde die Frage gestellt, ob jemand der gewählten Funktionsträger parteipolitisch organisiert sei. Daraufhin stellte sich heraus, dass einer der Funktionäre Mitglied der SPÖ und zwei Mitglieder des VdU waren.³¹ Laut dem offiziellen Protokoll der Tagung erklärte der frisch gewählte Landesobmann Vogel, „(...) dass es vorläufig leider nicht möglich ist, Mitglieder einer politischen Partei in die Landesleitung aufzunehmen, da dies in der Öffentlichkeit sofort schwerste Angriffe nach sich ziehen würde“.³² Weiters führte er aus, „(...) dass wir uns selbstverständlich über jeden Kollegen freuen werden, der bereit ist, mitzuarbeiten, es jedoch derzeit aus rein optischen Gründen nicht vorteilhaft wäre, parteigebundene Leute in die Landesleitung zu nominieren“.³³ Ein Bericht für die Bundesleitung, verfasst vom auf dieser Tagung anwesenden Mitglied der Bundesleitung Leo Ertl, behandelt hingegen ausführlicher die Anwesenheit von VdU-Mitgliedern: So befand sich der VdU-Nationalratsabgeordnete Gruber mit Begleitung im Tagungssaal, welcher nach kurzer Diskussion – er gab an, von Vogel eingeladen worden zu sein – mit der Verabredung zu einer späteren Aussprache die Sitzung verließ. In Bezug auf noch weitere anwesende VDU-Mitglieder berichtet Ertl: „Die Festlegung der Parteilosigkeit begegnete gewissen Schwierigkeiten, da, wie sich später herausstellte, durch Anwesenheit zahlreicher VDU-Leute

³⁰ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M1, Gedächtnisprotokoll über die Absprache zwischen Arbeitsgemeinschaft und Vertretern des VDU-Stmk., 7.10.1952.

³¹ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M1, Protokoll über die erste Tagung parteiloser Betriebsräte Kärntens, S. 5, 7.12.1952.

³² Ebd.

³³ Ebd.

eine gewisse politische Strömung in der Diskussion zum Ausdruck kommen wollte.“³⁴ Laut dem Bericht Ertls „(...) kam die Versammlung eindeutig und in einer großen Mehrheit zum Beschluß, die Parteiungebundenheit der Funktionäre zu billigen“.³⁵ Außerdem spricht der Bericht Ertls nicht von zwei VDU-Mitgliedern in der gewählten Landesleitung, sondern von drei.³⁶ Über die Aussprache mit dem VDU-Nationalrat Gruber berichtete Ertl, dass dieser behauptet habe, von Vogel eingeladen worden zu sein und in einer Versammlung in der Steiermark der steirische Landesobmann Eberharth „(...) die Verbundenheit mit dem VDU zum Ausdruck gebracht habe und erklärt haben soll, daß die parteilosen Betriebsräte ihre Interessensvertretung im Nationalrat dem VDU übertragen“³⁷. Dieses Treffen endete, wenn man dem Bericht Ertls folgt, mit der Absage an eine mögliche Bindung der Arbeitsgemeinschaft an eine politische Partei.³⁸ Wie diese Episode im Verhältnis von Arbeitsgemeinschaft und VdU einzuordnen ist, ist schwer einzuschätzen. Eindeutig zeigt sich, dass der VdU in der Arbeitsgemeinschaft Kärnten versuchte, in leitenden Funktionen Fuß zu fassen, und dies auch auf eine eventuelle Einladung hin – auch wenn die Quellen daraufhin hindeuten, dass eine solche ausgesprochen wurde, eindeutig feststellbar ist sie nicht - geschah. Dieser Versuch stieß aber mit dem vorrangigen Argument der Erhaltung von Parteilosigkeit auf Widerstand und wurde abgewehrt.

Neben dieser klaren strategischen Abgrenzung finden sich im vorhandenen Quellenmaterial Hinweise auf personelle Fluktuationen zwischen VdU und Arbeitsgemeinschaft in beide Richtungen. Diese sind vor allem in der Steiermark und in Oberösterreich feststellbar: In der ersten Landesleitung der Arbeitsgemeinschaft Steiermark findet sich als Vorsitzender des Schiedsgerichts ein „Major Egon Blachutta“, beschäftigt in der Alpine Seegraben und dortiger Fraktionsführer. Bei diesem dürfte es sich um den seit 1953 amtierenden Landesgeschäftsführer des VdU Steiermark, Major Egon Plachutta – weiters einer von hundert steirischen Nationalsozialisten, die zur Wahl der ÖVP aufriefen³⁹, – handeln.⁴⁰ Mit dem beginnenden Zerfall des VdU werden diese Fluktuationen und Kontinuitäten deutlicher: So findet sich in den Dokumenten der Landesgruppe Steiermark der Betriebsrat Legerer, der zur Landessitzung der Arbeitsgemeinschaft am 17.11.1956 eingeladen wurde. Im Protokoll wurde Folgendes

³⁴ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M1, Bericht über die Landeskonferenz Kärnten am 7.12.1952, 8.12.1952.

³⁵ Ebd.

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd.

³⁸ Ebd.

³⁹ Bekenntnis zu einem freien Österreich. Sensationelle Loyalitätserklärungen führender ehemaliger Nationalsozialisten an Dr. Gorbach, Obersteirische Zeitung, 5.10.1949.

⁴⁰ Höbelt, Vierte Partei, 87 & 193. sowie: Reiter, Die Ehemaligen, 197.

vermerkt: „Koll. Legerer versichert nach seiner Vorstellung, keinerlei Bindung zum VdU zu haben, erklärt sich zur Mitarbeit bereit, ersucht jedoch, ihn von Funktionen zu bewahren, da sonst seine seinerzeitliche Stellung im VdU gegen die AG ausgeschlachtet werden könnte.“⁴¹. Ein weiteres sehr eindeutiges Beispiel stellen die personellen Kontinuitäten von VdU und Arbeitsgemeinschaft in der Betriebsorganisation VOEST dar: Nachdem die schon weiter oben erwähnte Vereinigung parteiloser Betriebsräte Oberösterreichs um Matthäus Paschinger und Josef Karolyi mit der Gründung des VdU in diesem aufgegangen war, stellte der VdU – unter ihnen Paschinger und Karolyi – insgesamt 14 Arbeiter-Betriebsräte. Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft und dem ersten Antreten bei den VOEST-Betriebsratswahlen im Jahr 1953 verschwindet der VdU als eigene Betriebsratsfraktion, was nicht einfach nur an der Gründung der Arbeitsgemeinschaft, sondern vermutlich auch an der zunehmenden Desintegration des VdU liegen dürfte, und Mitglieder der VdU-Fraktion tauchen in der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft wieder auf. Sie stellen dabei die Mehrheit der parteilosen Betriebsräte: Zwei von drei Arbeiter-Betriebsräten der Arbeitsgemeinschaft waren ehemalige VDU-Betriebsräte, einer davon Matthäus Paschinger.⁴² Dieser verdient in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit: Paschinger selbst war von 1949 bis 1953 VdU-Arbeiter-Betriebsrat, von 1953-1955 Arbeiter-Betriebsrat der Arbeitsgemeinschaft, in der Periode 1955-1957 scheint er schließlich nicht mehr auf, um dann von 1957-1963 wieder als Arbeiter-Betriebsrat für die Arbeitsgemeinschaft tätig zu sein.⁴³ Ab dem Jahr 1959 fungierte Paschinger auch als Schriftführer im Landesvorstand und ab 1960 in der Landesleitung der Arbeitsgemeinschaft Oberösterreich.⁴⁴ Aber nicht nur Wechsel von VdU zur Arbeitsgemeinschaft sind feststellbar, sondern auch in die andere Richtung. So wechselte beispielsweise das Landesleitungsmitglied Bauer vor der Arbeiterkammerwahl im Jahr 1954 zum VdU, was innerhalb der Arbeitsgemeinschaft auch bedauert wurde.⁴⁵

Gleichzeitig sind nicht nur organisatorische Fluktuationen feststellbar, sondern auch klare personelle Überschneidungen: Heribert Eberharth (Landesobmann Steiermark) und Rudolf Proksch (Landesobmann Salzburg) – beide werden im nächsten Kapitel ausführlicher behandelt – stammten aus dem VdU-Milieu und bewegten sich später im Umfeld der schon erwähnten Aktion für politische Erneuerung und damit des Wahlverbands der Unabhängigen – ein

⁴¹ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M4, Konferenz in Judenburg am 17.11.1956, 17.11.1956.

⁴² IHSF-Archiv, 5.2.2.4.M3, 40 Jahre Voest. Beginn-Zerstörung-Aufbau, 42-45, 1985.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ IHSF-Archiv, 5.2.2.2.M1, Brief Arbeitsgemeinschaft an Bundespolizeidirektion Vereinsreferat, 16.3.1959.

⁴⁵ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M2, Protokoll über die Generalversammlung der Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs am 23.1.1955 in Wien, 11, 23.1.1955.

Zusammenschluss von Aktion und VdU zur Nationalratswahl 1953⁴⁶ –, für den sie auch im Jahr 1953 kandidierten.⁴⁷ Beide verließen die Arbeitsgemeinschaft allerdings nach wenigen Jahren wieder: Eberharth wurde 1956 ausgeschlossen⁴⁸, Proksch legte Ende 1953 seine Funktion als Obmann nieder und übernahm eine ihm angebotene Stelle im Landesverkehrsamt Salzburg.⁴⁹ Die politischen Biografien dieser beiden Landesobmänner und ihr weiteres Verhältnis zur Arbeitsgemeinschaft werden im nächsten Abschnitt noch genauer betrachtet.

Dieses Naheverhältnis zum VdU löste sich mit der zunehmenden Desintegration des WdU sowie der generellen Desintegration des VdU immer weiter auf, die letzten vorhandenen Konsolidierungen des VdU in Betrieben wurden von der Arbeitsgemeinschaft übernommen.⁵⁰ Während sich also für die Bundesorganisation und die Landesorganisationen Kärnten/Koroška, Steiermark, Oberösterreich und Salzburg eindeutig Kontakte und personelle Kontinuitäten zum und mit dem VdU aus dem untersuchten Quellenbestand und der vorhandenen Literatur feststellen lassen, finden sich solche Hinweise für die Landesorganisationen Vorarlberg, Tirol und Wien/Niederösterreich/Burgenland nicht. Daraus abzuleiten, dass es solche Kontakte und organisatorische Nähe nicht gegeben hätte, erscheint allerdings unter dem Eindruck des gerade Gezeigten als falsch. Viel mehr drängt sich die Annahme auf, dass es diese gegeben hat, beweisbar sind diese aufgrund der Quellenlage jedoch nicht. Indizien stellen hier die immer wieder thematisierten Vorwürfe, eine rechte oder gelbe Gewerkschaft gewesen zu sein/zu sein, dar.⁵¹

Wohl zurecht stellt sich nach der vorangegangenen Behandlung des VdU hier die Frage, warum genau das Verhältnis zum VdU eine so große Beachtung findet, nicht aber das Verhältnis zu anderen Parteien. Die Antwort zu dieser Frage ist dabei so kurz wie klar: Ein ähnliches, auch nur in Ansätzen feststellbar vergleichbares Verhältnis zu anderen Parteien hat es nicht gegeben.

2.2 Nationalsozialisten und Arbeitsgemeinschaft

Nachdem die organisatorische Nähe zum VdU und der Aktion sich – zumindest in manchen Bundesländern – gezeigt hat, stellt sich weitergehend die Frage nach der Mitgliedschaft ehemaliger NSDAP-Mitglieder und organisierter Nationalsozialisten in der

⁴⁶ Piring, Kurt, Chronologie Verband der Unabhängigen (VdU) 1949-1955, Wien 1989.

⁴⁷ Höbelt, Vierte Partei, 132.

⁴⁸ Zu Eberharth siehe folgenden Abschnitt.

⁴⁹ Höbelt, Vierte Partei, 188.

⁵⁰ Höbelt, Vierte Partei, 132.

⁵¹ vgl. diverse Reden und Beiträge zu Jubiläen: IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4 Jubiläen 1962-2021.

Arbeitsgemeinschaft. In einer Rede des Tiroler Landesobmanns Hans Schwaiger zum 10-jährigen Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft bemerkt dieser:

„Irgend eine Vergangenheit hatte jeder in diesem Alter, ob politisch oder militärisch, man konnte ihn so oder so beleuchten, es waren sehr, sehr wenige Erzengel darunter. Und wir bildeten uns ein, ganz egal, wenn jemand auch irgend eine nicht absolut saubere Vergangenheit hat, daß sollte man irgend wo auch vergessen können.“⁵²

Eine umfassende Untersuchung des Bestands auf diese Frage hin stand aber vor folgendem Problem: Zwar wurden Mitgliederverzeichnisse angelegt⁵³, der Großteil scheint allerdings verloren zu sein. Lediglich ein Mitgliederverzeichnis (vermutlich aus den 1960er-Jahren⁵⁴) befindet sich im Bestand: das Mitgliederverzeichnis Oberösterreichs. Weiters lassen sich die Mitglieder der Bundesleitungen, Landesleitungen und des Vorstandes bis in die 1960er-Jahre über das Quellenmaterial leicht rekonstruieren, allerdings nur deren Namen. Eine eindeutige Identifikation über Name und Geburtsdatum innerhalb der NSDAP-Mitgliederkartei ist somit nur für den Großteil der Arbeitsgemeinschaft Oberösterreich möglich. Deshalb wurde auf eine umfassende Untersuchung in diese Richtung verzichtet, da ohne der Möglichkeit einer eindeutigen Verifizierung diese wenig Sinn hätte. Abgeglichen wurden daher nur das Mitgliederverzeichnis Oberösterreich sowie die Namen und Arbeitsplätze der Mitglieder der Bundesleitung aus dem Zeitraum 1952 bis 1963. Die Ergebnisse sollen im Folgenden kurz erläutert werden.

Das Mitgliederverzeichnis der Arbeitsgemeinschaft Oberösterreich weist folgende Struktur auf: Insgesamt finden sich hier 423 Namen, verteilt auf 30 Betriebsgruppen, welche hauptsächlich in Linz existier(t)en. Im Mitgliederverzeichnis festgehalten wurden lediglich Mitgliedsnummer, Name, Geburtsdatum und Betrieb. Von diesen 423 sind wiederum 84 Mitglieder ohne Geburtsdatum verzeichnet. Weiters mussten von der Gesamtzahl 108 Namen abgezogen werden, da diese bis ins Jahr 1945 noch keine 18 Jahre alt waren. Übrig blieben also 315 Namen für einen Abgleich mit der NSDAP-Mitgliederkartei. Dabei hat sich folgendes Bild ergeben: Der Anteil von NSDAP-Mitgliedern beläuft sich bei den in Frage kommenden

⁵² IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Protokoll 1. Außerordentlicher Bundeskongress und 10-jähriges Jubiläum, 23, Datum unbekannt.

⁵³ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M2, Unvollständiger Vorschlag. Geschäftsordnung fuer die Arbeitsgemeinschaft, Datum unbekannt.

⁵⁴ Das jüngste verzeichnete Mitglied wurde im Jahr 1947 geboren. Wenn man davon ausgeht, dass dieses Mitglied mit 15 Jahren die Lehre begonnen hat, ist der frühestmögliche Zeitpunkt der Erstellung beziehungsweise Aktualisierung der Liste das Jahr 1962.

Mitgliedern auf einen Prozentsatz zwischen 10,7 und 20,3 Prozent, wobei 10,7 Prozent klar als NSDAP-Mitglieder identifizierbar sind, die zur Verfügung stehenden Informationen (Arbeitsplatz) bei den weiteren zehn Prozent auf eine Mitgliedschaft hindeuten, aber durch das fehlende Geburtsdatum nicht klar verifizierbar sind. Betrachtet man den Anteil von NSDAP-Mitgliedern in der Landesleitung Oberösterreich, zeigt sich das Verhältnis wie folgt: Von 31 Mitgliedern der Landesleitung sind zehn in der NSDAP-Mitgliederkartei eindeutig identifizierbar, bei weiteren drei deuten die Informationen auf eine Mitgliedschaft hin. Damit beläuft sich der Anteil an NSDAP-Mitgliedern in der Landesleitung zwischen 30 und 40 Prozent. Ein anderes Bild ergibt sich bei einem Abgleich mit den Mitgliedern der Bundesleitung sowie des Bundesvorstandes im Zeitraum von 1952 bis 1963. Dabei handelt es sich um insgesamt 46 Namen. Nachdem keine Geburtsdaten zur Verfügung stehen, wurde anhand des Arbeitsplatzes versucht, eine annähernde Identifizierung durchzuführen. Dabei ergab sich folgendes Bild: Der Anteil von möglichen NSDAP-Mitgliedern liegt bei 41,3 Prozent, also 19 Mitgliedern. Dieser Anteil stellt aber nur eine Möglichkeit dar, keines der Mitglieder lässt sich aufgrund der Datenlage eindeutig als NSDAP-Mitglied identifizieren, auch wenn die Hinweise stark darauf hindeuten.

An dieser Stelle sollte hier auch noch kurz auf die Grenzen des Erkenntnisgewinns durch die NSDAP-Mitgliederkartei eingegangen werden: Keine Parteimitgliedschaft bedeutet nicht automatisch, dass jemand nicht nationalsozialistisch organisiert war und gedacht hat. Ein Abgleich mit der Mitgliederkartei kann nur das Aufscheinen in der Mitgliederkartei nachweisen – oder auch nicht nachweisen –, nicht mehr und nicht weniger. Damit stellt ein solcher Abgleich immer auch nur eine Möglichkeit der Recherche unter vielen dar.

Abseits vom Bundesland Oberösterreich findet sich noch ein klarer Hinweis auf die nationalsozialistische Vergangenheit bei zumindest drei Mitgliedern der Landesleitung der Arbeitsgemeinschaft Steiermark (Stand: 1952⁵⁵): Heribert Eberharth, Egon Plachutta und Franz Benezeder waren drei von über hundert steirischen Nationalsozialisten, die im Jahr 1949 öffentlich zur Wahl der ÖVP aufriefen.⁵⁶ Eberharth und Benezeder waren im Laufe ihrer

⁵⁵ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M4, Protokoll über die Gründung des Landesverbandes Steiermark der „Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte u. Arbeitnehmer“, 30.11.1952.

⁵⁶ Bekenntnis zu einem freien Österreich. Sensationelle Loyalitätserklärungen führender ehemaliger Nationalsozialisten an Dr. Gorbach, Obersteirische Zeitung, 5.10.1949, 1.

Tätigkeit nicht nur Mitglieder der Landesleitung Steiermark, sondern auch Mitglieder der Bundesleitung.⁵⁷

III. Exemplarische Biografien

Auch wenn Mitgliederlisten der Landesorganisationen nicht erhalten sind, so lassen sich trotzdem die politischen Biografien einiger Mitglieder der Landesleitungen und Bundesleitung der Arbeitsgemeinschaft rekonstruieren. Dabei zeigt sich, dass es sich bei diesen um offensichtlich seit Jahren durch verschiedene Organisationen hindurch organisierte Nationalsozialisten handelte, die in der Arbeitsgemeinschaft – entweder direkt oder über Umwege – eine neue politische Heimat fanden. Vier klar rekonstruierbare politische Biografien sollen im Folgenden kurz skizziert werden.

3.1 Heribert Eberharth (Landesobmann Steiermark, Mitglied des Bundesvorstands 1952-1956)

Eindeutig feststellbar sind die Tätigkeiten des schon öfters genannten und 1956 ausgeschlossenen Landesobmanns der Arbeitsgemeinschaft Steiermark und Bundesvorstandsmitglied Heribert Eberharth im Steirischen Heimatbund – einer NS-Organisation zur Germanisierung der Untersteiermark/Spodna/Slovenska Štajerska⁵⁸ – als Kreisführer in Trifail/Trbovlje.⁵⁹ Nach der militärischen Niederschlagung des Nationalsozialismus wird er im Lager Wolfsberg inhaftiert, von wo er 1947 versucht zu fliehen, jedoch bald wieder gefangengenommen wird.⁶⁰ Eine Woche nach der Oberweiser Konferenz im Jahr 1949 findet sich Eberharths Name auf jener schon erwähnten Liste von über hundert steirischen Nationalsozialisten, die öffentlich zur Wahl der ÖVP aufriefen.⁶¹ Im Jahr 1952 gehört Heribert Eberharth dann zur Gründungsgeneration der Arbeitsgemeinschaft, in der er zwei Funktionen wahrnimmt: Landesobmann der Arbeitsgemeinschaft Steiermark und Bundesobmann für Arbeiter im Bundesvorstand.⁶² Gleichzeitig kandidierte er 1953 auf der

⁵⁷ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M2, Protokoll über die Generalversammlung der Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs am 23.1.1955 in Wien, 23.1.1955. Zu Eberharth siehe folgenden Abschnitt.

⁵⁸ Karner, Stefan, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945, Graz/Wien 1986, 134.

⁵⁹ Karner, Steiermark, 161.

⁶⁰ Fluchtbeihilfe führt ins Kittchen, Neue Zeit. Organ der Sozialistischen Partei Steiermark, 16.3.1947, 3.

⁶¹ Bekenntnis zu einem freien Österreich. Sensationelle Loyalitätserklärungen führender ehemaliger Nationalsozialisten an Dr. Gorbach, Obersteirische Zeitung, 5.10.1949, 1. sowie: Höbel, Vierte Partei, 87.

⁶² IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M4, Protokoll über die Gründung des Landesverbandes Steiermark der „Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte u. Arbeitnehmer“, 30.11.1952. sowie: IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M2, Protokoll der Generalversammlung am 29. November 1953 in Wien, 4, 29.11.1954.

Liste des WdU.⁶³ Die Tätigkeiten für die Arbeitsgemeinschaft endeten jedoch schon im Jahr 1956 mit dem Ausschluss Eberharths. Die genauen Gründe für den Ausschluss sind aus dem vorliegenden Material leider nicht nachvollziehbar, führten aber zu Unmut innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Steiermark. Feststellbar ist lediglich die Abhaltung einer Schiedsgerichtsverhandlung zum Fall Eberharth, deren Protokoll allerdings nicht erhalten ist.⁶⁴ Einzige Hinweise auf Gründe liefern Anmerkungen zu einer vorgeworfenen Nähe zur ÖVP sowie dem Vorwurf von Untätigkeiten in seinen Arbeitsbereichen.⁶⁵ Dem Ausschluss ging ein längerer Prozess voran: Schon 1955 wurde er gebeten, seine Funktionen niederzulegen. Erst als er sich dem verweigerte, wurde das Verfahren gegen ihn eröffnet, das dann im Jahr 1956 mit Eberharths Ausschluss endete. Was auch immer der Grund war, sein nationalsozialistischer Hintergrund oder seine Kandidatur für den WdU waren es nicht.

Heribert Eberharth war weiters schon während seiner aktiven Zeit in der Arbeitsgemeinschaft Herausgeber der Zeitung „Der parteilose Gewerkschafter. Organ der Gemeinschaft parteiloser Betriebsräte“. Inwiefern diese Publikation in Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft produziert wurde, ist nicht feststellbar, diese dürfte aber nach seinem Ausschluss auch weiterhin erschienen sein.⁶⁶ Nach dem Ausschluss Eberharths verliert sich seine Spur, sein Name taucht jedoch im Jahr 1970 wieder auf: Er findet sich im Impressum für ein Wahlplakat der Nationaldemokratischen Partei (NDP).⁶⁷

3.2 Rudolf Proksch (Landesobmann Salzburg 1952-1954)

Ein weiterer schon genannter Landesobmann mit klar rekonstruierbarer nationalsozialistischer Vergangenheit ist der Landesobmann von Salzburg, Rudolf Proksch. Proksch, der Vater von Udo Proksch⁶⁸, war seit 1925 in der Hitlerjugend organisiert, ab 1928 aktiver Artamane, später stellvertretender Bundesführer des Artamanenbundes und kämpfte unter anderem im Überfall auf Kreta.⁶⁹ In seinem für seinen Sohn geschriebenen Lebenslauf vermerkt er für den 11.12.1941: „U-Ka gestellt für Sondereinsatz Osten“⁷⁰. Bei diesem Sondereinsatz Osten

⁶³ Höbelt, Vierte Partei, 132.

⁶⁴ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M2, Protokoll über die Generalversammlung der Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs am 23.1.1955 in Wien, 16, 23.1.1955.

⁶⁵ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M4, Besprechung parteifreier Betriebsräte. Bruck a/Mur, am Sonntag den 2.9.1956, 3, 2.9.1956. sowie: IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M4, Konferenz in Judenburg am 17.11.1956, 17.11.1956.

⁶⁶ Im Bestand des IHSF-Archiv befinden sich acht Ausgaben des „Der parteilose Gewerkschafter“ (September 1955-Juli/August 1956). Mehr Informationen über Anfang und Ende dieser Zeitung sind leider nicht feststellbar.

⁶⁷ Wienbibliothek Rathaus, Plakatsammlung, „Wir kommen“, 1970.

⁶⁸ Höbelt, Vierte Partei, 188.

⁶⁹ Ingrid Thurnher, Auf den Spuren des Udo Proksch. Der Zuckerbäcker, der eine ganze Republik verführte, Salzburg 2011, 32-33.

⁷⁰ Thurnher, Auf den Spuren des Udo Proksch, 33.

handelte es sich vermutlich um den Beginn seiner Tätigkeit im Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR), in dem er mit 1.1.1942 zum Obereinsatzführer der Hauptarbeitsgruppe in Kiew aufstieg. Bis zur Verlegung der Dienststelle nach Frauenberg im Jahr 1944 verblieb Proksch beim ERR in der Ukraine in wechselnden Tätigkeiten – Leiter der Auswertung, Haupteinsatzführer und Kommissarischer Leiter der Hauptarbeitsgruppe –, um sich schließlich im März 1945 als Mitglied des Sonderkommandos Ratibor bis zur Befreiung von Ratibor am Abtransport des dortigen gestohlenen Materials des ERR zu beteiligen.

Im letzten Kriegsmonat befand er sich schließlich in Mährisch-Schönberg zur Aktenvernichtung und dann in Prag.⁷¹ Zum Zeitpunkt der Kapitulation hielt er sich mit seiner Familie wieder in Frauenberg auf, von wo sie der Weg nach Salzburg führte: Bis 1946 leben sie unbehelligt in Lend (Pinzgau), ab Juni 1946 wird Proksch registriert und inhaftiert, zuerst in Zell am See und daran anschließend im Lager Glasenbach. Nach zwei Volksgerichtsprozessen am Landesgericht Wien im Jahr 1948 beginnt er bei der Salzburger Aluminium-Gesellschaft (SAG) zu arbeiten, wird dort Arbeiterbetriebsrat und ist gleichzeitig am Aufbau des VdU in Lend beteiligt.⁷² 1952 scheint er schließlich als Gründungsmitglied und Landesobmann der Arbeitsgemeinschaft Salzburg auf.⁷³ Seinen Posten als Landesobmann verlässt er aber nach zwei Jahren wieder: 1954 wird ihm durch den damaligen Salzburger Landeshauptmann Josef Klaus eine Stelle im Landesverkehrsamt Salzburg angeboten, woraufhin er seine Tätigkeit als Landesobmann der Arbeitsgemeinschaft zurücklegt und ab diesem Zeitpunkt im Landesverkehrsamt als Mitarbeiter für Statistik, Presse und Marketing tätig ist.⁷⁴ An der 1957 gegründeten Wohlfahrtsvereinigung der Glasenbacher – ein nicht mehr existenter Traditionsverband von in Glasenbach internierten Nationalsozialisten – beteiligt er sich durch Mitarbeit an der Zeitung „Mitteilungen. Wohlfahrtsvereinigung der Glasenbacher“.⁷⁵ Über diese Tätigkeiten hinaus blieb Rudolf Proksch der Arbeitsgemeinschaft weiterhin verbunden, wie die per Telegramm übermittelten und verlesenen Glückwünsche und Entschuldigung zur Nichtanwesenheit des „lieben alten Freundes“⁷⁶ beim 10-jährigen Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft zeigen.⁷⁷

⁷¹ Thurnher, Auf den Spuren des Udo Proksch, 33-34.

⁷² Thurnher, Auf den Spuren des Udo Proksch, 34-35.

⁷³ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M3, Landesleitung: Salzburg. Konstituiert am 2.XII.52, 2.12.1952.

⁷⁴ Thurnher, Auf den Spuren des Udo Proksch. Höbelt, Vierte Partei, 188.

⁷⁵ Brigitte Bailer/Wolfgang Neugebauer, Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften, informelle/illegale Gruppen, 251, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hrsg.), Handbuch österreichischer Rechtsextremismus, Wien 1994.

⁷⁶ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.8.M4, 1. Außerordentlicher Bundeskongress & 10-jähriges Jubiläum, 30, Datum unbekannt.

⁷⁷ Ebd.

3.3 Alois Mosler (Mitglied der Bundesleitung & Landesleitung Niederösterreich/Burgenland 1952-?)

Aus der Bundesleitung erscheint weiters die Person Alois Mosler – Mitglied der Bundesleitung und der Landesleitung Niederösterreich und Burgenland – und dessen politische Biografie als erwähnenswert: Mosler war bis 1923 organisierter Sozialdemokrat und verantwortlich für den Aufbau sozialdemokratischer Strukturen im Burgenland. Nachdem er sich Ende der 1920er-Jahre von der Sozialdemokratie lossagte und diese öffentlich angriff, begann er ab 1927 für die heimwehfreundliche Tageszeitung „Freiheit“ zu schreiben. Zwei Jahre später – im Jahr 1929 – beginnt seine neue hauptberufliche Tätigkeit als Reichssekretär der Unabhängigen Gewerkschaft (UG).⁷⁸ Von seinen weiteren Tätigkeiten und über sein Leben bis 1949 gibt es kaum Informationen. Im Jahr 1949 tritt Mosler wieder öffentlich in Erscheinung, wird Sekretär des VdU⁷⁹ und bewegt sich gleichzeitig im Umfeld der Aktion.⁸⁰ Genau wie die beiden schon vorgestellten Funktionäre der Arbeitsgemeinschaft gehört auch Alois Mosler zu ihren Gründungsmitgliedern: Sein Name findet sich in der Mitgliederliste der ersten gewählten Bundesleitung vom 3.10.1952 sowie im selben Protokoll als Mitglied in der Landesleitung für Niederösterreich und Burgenland.⁸¹ In den nächsten Jahren tritt Mosler nicht feststellbar öffentlich in Erscheinung und auch in den Leitungslisten der Arbeitsgemeinschaft scheint er nicht mehr auf. Ab 1960 wird er dann Redakteur der FPÖ-Wochenzeitung „Neue Front“. In dieser Tätigkeit bleibt er bis zu seinem Tod zwei Jahre später, im Jahr 1962, tätig.⁸²

3.4 Ideologischer Stichwortgeber: Walter Pollak

Ein besonders prominentes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft verdient an dieser Stelle ebenso eine spezielle Erwähnung: Walter Pollak. Pollak war als ehemaliger Führer der Hitlerjugend einer der Teilnehmer auf Seiten der Ehemaligen an der Oberweiser Konferenz – ein Treffen alter Nationalsozialisten mit führenden ÖVP-Funktionären zur Einbindung der Ehemaligen in die ÖVP, das am Forderungskatalog der „Ehemaligen“ scheiterte – beteiligt⁸³ und betätigte sich innerhalb der 1949 gegründeten „Jungen Front“, einer für die Einbindung von Nationalsozialisten geschaffenen Plattform innerhalb der ÖVP.⁸⁴ Aus dieser Plattform ging im

⁷⁸ Gerald Schlag, Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Das XX. Jahrhundert, Eisenstadt 1991, 207.

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Höbelt, Vierte Partei, 184.

⁸¹ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M2, Der Vorstand der „Arbeitsgemeinschaft“ gewählt von der Generalversammlung am 3.X.52, 3.10.1952.

⁸² Schlag, Burgenland, 206-207.

⁸³ Reiter, Die Ehemaligen, 98.

⁸⁴ Höbelt, Vierte Partei, 154.

Jahr 1951 unter Beteiligung von Pollak die Aktion hervor⁸⁵. Nach der Wahlniederlage, einer gescheiterten Fusion, dem sich abzeichnenden Zerfall des VdU, dem damit einhergehenden politischen Ende der Aktion und der Wiedereinbindung von übrig gebliebenen Strukturen in die ÖVP wurde Pollak 1953 Chefredakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“ (OÖN) und blieb in dieser Stellung bis in das Jahr 1966. Nach 1966 konzentrierte er sich auf historische Publikationen.⁸⁶ Als einziges Mitglied der Arbeitsgemeinschaft in den Oberösterreichische Nachrichten scheint Pollak schließlich in den Strukturen der Arbeitsgemeinschaft wieder auf, ein Beitrittsdatum ist nicht feststellbar.⁸⁷

Pollak stellt aber nicht nur aufgrund seiner politischen Biografie nach 1945 bis zum Andocken an die Arbeitsgemeinschaft eine interessante Persönlichkeit innerhalb der Arbeitsgemeinschaft dar, sondern vor allem auch dadurch, dass er 1968 einen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft verbreiteten programmatischen Diskussionsbeitrag verfasste und somit als einer der Stichwortgeber für die Programmatik der Arbeitsgemeinschaft gesehen werden kann. Was wiederum die Frage nach der inhaltlichen Programmatik der Arbeitsgemeinschaft aufwirft.

IV. Programmatik

Bei der Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft im Oktober 1952 wurden die folgenden Grundsätze formuliert, welche bis in die jüngere Gegenwart in ihren Grundzügen gleich geblieben sind:

- „Bedingungsloses Festhalten am Oe.G.B.“⁸⁸
- „Kampf gegen jeden Spaltungsversuch im Oe.G.B.“⁸⁹
- „Schärfste Ablehnung jeder parteipolitischen Bindung.“⁹⁰
- „Begrenzung der Arbeit auf die reine Interessensvertretung der Arbeitnehmer.“⁹¹
- „Ablehnung der parteipolitischen Einflüsse innerhalb des Oe.G.B.“⁹²

Weiters wurden die folgenden Ziele formuliert:

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Höbelt, Vierte Partei, 189. sowie: Oberösterreichische Nachrichten, OÖN Chefredakteure, OÖN, URL: [OÖN Chefredakteure | Nachrichten.at](https://www.ooen.at/) (zuletzt abgerufen am 1.3.2021).

⁸⁷ IHSF-Archiv, 5.2.2.2.M6, Mitgliederverzeichnis Oberösterreichische Nachrichten, Datum unbekannt.

⁸⁸ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M1, Grundsätze und Ziele, 3.10.1952.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd.

- „Zusammenfassung der parteilosen Betriebsräte und ihrer Wähler im ganzen Bundesgebiet mit dem Ziele einer parteilosen Fraktionsbildung innerhalb des Österr. Gewerkschaftsbundes.“⁹³
- „Erfassung der heute noch nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer. Ihre Zuführung in die Gewerkschaften, sobald den Vertretern der ‚Parteilosen‘ innerhalb derselben und in der Leitung des Oe.G.B. jene Einflussnahme gewährt wurde, welche ihnen ihrer Zahl entsprechend zukommt.“⁹⁴

Den Grundsätzen wird in den folgenden Jahren der „Hauptgrundsatz für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft“⁹⁵ beigelegt: „Ein Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit verbunden mit einem Höchstmaß an persönlicher Freiheit.“⁹⁶ Dieser Hauptgrundsatz zieht sich im gleichen Wortlaut bis heute durch die Geschichte der PFG.⁹⁷

Ausgehend von diesen Grundsätzen stellt sich allerdings die Frage nach dem inhaltlichen Profil der Arbeitsgemeinschaft/Parteifreie Gewerkschafter. In einer nicht genau datierten Niederschrift findet sich die einzige klare selbst getätigt politische Verortung der Arbeitsgemeinschaft: „Die weltanschauliche Ausrichtung der parteifreien Gewerkschafter kann als sozial-liberal bezeichnet werden. (Zum Unterschied von national-liberal der Freiheitlichen).“⁹⁸ Eine tiefergehende Antwort auf die Frage nach dem inhaltlichen Profil bieten allerdings verschiedene Veröffentlichungen in Form von Broschüren und Flugblättern sowie Referaten und Reden auf Bundeskongressen und Landessitzungen. Solche inhaltlichen Beiträge existieren lediglich in der Frühphase der Parteifreien Gewerkschafter – also noch in der Zeit als Arbeitsgemeinschaft – bis circa 1975. Gleichzeitig ist das vorhandene Material nicht vollständig, bei der Sichtung des Bestands tauchten immer wieder Hinweise auf Referate auf, von welchen die Abschriften nicht auffindbar sind. Anhand ausgewählter Beispiele werden im Folgenden die drei zentralen Punkte der Programmatik umrissen.

4.1 Parteifrei

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M1, Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft parteifreier Gewerkschafter, Datum unbekannt.

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Vgl. Website der PFG: [Mitglied werden | PFG](#) (zuletzt abgerufen am 2.3.2021).

⁹⁸ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M1, Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft parteifreier Gewerkschafter, Datum unbekannt. Diese Version der Richtlinien muss im Zeitraum zwischen 1956 und 1975 entstanden sein, da hier einerseits schon Bezug auf die FPÖ genommen wird, andererseits die Umbenennung der Arbeitsgemeinschaft in Parteifreie Gewerkschafter im Jahr 1975 erfolgte.

Einer der zentralen Punkte in der Programmatik drückt sich in der inhaltlichen Verortung als „parteilos“ beziehungsweise später als „parteilfrei“ aus. Damit einhergehend findet eine klare Eingrenzung des Tätigkeitsbereichs statt: „Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft ist nur auf die Bereiche der Interessensvertretungen der Arbeitnehmer ausgerichtet, parteibildende Zielsetzungen werden nicht angestrebt. Ihre Tätigkeit beschränkt sich daher auf die sozialpolitische Ebene.“⁹⁹. So soll es um „(...) keine unsoziale Parteipolitik, sondern parteifreie Sozialpolitik“¹⁰⁰ gehen. Parteilfrei wird dabei nicht als gegen Parteien grundsätzlich definiert. Im Gegenteil, den Parteien wird eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Leben zugesprochen, in Fragen der ökonomischen Interessensvertretung sollen sie allerdings keinen Einfluss erhalten:

„Die Arbeitsgemeinschaft ist sich der Notwendigkeit der politischen Parteien bewußt und ihre Tätigkeit ist grundsätzlich nicht gegen sie gerichtet. Die Arbeitsgemeinschaft lehnt es jedoch ab, daß Interessenvertretungen wie Gewerkschaften, Arbeiterkammern, Sozialversicherungsinstitute weiterhin Tummelplatz der politischen Parteien bleiben. Leitende, bzw. führende Parteifunktionäre sollen in den Interessenvertretungen keine leitenden, bzw. führenden Funktionen ausüben. Gewerkschaftsfunktionäre, die als Abgeordnete im Nationalrat tätig sind, sollen bei Abstimmungen, die sie in Gewissenskonflikte mit vorher gefaßten Gewerkschaftsbeschlüssen bringen, vom Klubzwang befreit werden.“¹⁰¹

Oder wie es auf der Gründungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Kärnten heißt: „Wir lehnen die politischen Parteien als solche nicht ab, denn wir wissen, dass eine Demokratie ohne Parteien einmal nicht möglich ist, jedoch wollen wir die Tätigkeit der Partei auf solche Gebiete beschränkt sehen, die ihnen im Interesse der Staatsnotwendigkeit zukommen.“¹⁰² Gerade in den Anfangsjahren findet man auch direktere Worte gegen das „Parteiendiktat“¹⁰³, wie im Referat „Wir und die politischen Parteien“:

„Ein besonderes Zeichen der Entartung sieht man, wenn der Wandel innerhalb der Parteien von einst bis in unsere Tage einer genauen Prüfung unterzogen wird. Haben sich die Menschen vor Jahrzehnten auf Grund gemeinsamer Ideologie innerlich verbunden gefühlt, haben sie also

⁹⁹ Ebd.; sowie: IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M1, Richtlinien der Parteilfreien Gewerkschafter Österreichs, Datum unbekannt.

¹⁰⁰ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M10, Protokoll Landeskonferenz Wien, 13.10.1956.

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M1, Protokoll über die erste Tagung parteiloser Betriebsräte Kärntens, Ansprache Vogel, 7.12.1952.

¹⁰³ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M2, Protokoll der Generalversammlung am 29.11.1953, 4, 29.11.1953.

früher Gesinnungsgemeinschaften gebildet, so wird das Bekenntnis zu einer politischen Partei heute vorwiegend davon diktiert, welche Partei am besten die persönlichen Interessen vertreten kann, das heißt, die Parteien sind auf dem besten Wege, zu Interessensgemeinschaften degradiert zu werden.“¹⁰⁴

Mit der Absage an parteibildende und parteipolitische Zielsetzungen geht und ging aber nicht automatisch die Absage an die Mitgliedschaft in einer Partei einher. Grundsätzlich könne jeder mitmachen, sofern nicht parteipolitisch agiert werde. Bei einer solchen Mitgliedschaft seien aber Funktionspositionen verwehrt. Dieses Verbot von Parteimitgliedern in höheren Funktionen wurde jedoch, wie weiter oben schon gezeigt, in Bezug auf den VdU nicht durchgesetzt.

Aus dem Gedanken der Zurückdrängung von Parteipolitik aus Interessensvertretungen wurde weiters in diesem Zusammenhang eine Forderung formuliert, die schon sehr früh ein fixer Bestandteil der Programmatik war: die Forderung nach Urwahlen im ÖGB.¹⁰⁵

4.2 „Die Arbeiterbewegung ist nicht Erbpacht einer Partei“

Einen wiederkehrenden zentralen Punkt stellt die Selbstverortung der Arbeitsgemeinschaft in der Tradition der Arbeiterbewegung dar. So wird immer wieder die Heterogenität der Arbeiterbewegung und damit die Offenheit ihrer Entwicklung betont. Der schon als Stichwortgeber der Arbeitsgemeinschaft genannte Chefredakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“ (OÖN), Walter Pollak, präzisiert diese Verortung in einem Artikel der OÖN, welcher im Jahr 1963 als Flugblatt verteilt wurde:

„Die europäische Arbeiterbewegung blickt auf eine Geschichte von 125 Jahren zurück. Sie hat während dieser Zeit vielerlei Gestalt angenommen und ihr Gesicht gewandelt. In unserer Zeit sieht sie sich wieder völlig neuen Fragen gegenübergestellt, die aus gesellschaftlichen, wissenschaftlichen Veränderungen von umstürzender Bedeutung erwachsen, die selbst von den großen Köpfen der Arbeiterbewegung des vorigen Jahrhunderts nicht vorausgeahnt werden konnten. Es ist noch lange nicht das letzte Wort darüber gesprochen, wie sich die Arbeiterbewegung in dieser neuen Umwelt orientieren wird.“¹⁰⁶

¹⁰⁴ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M10, Protokoll Landeskonferenz Wien, 13.10.1956.

¹⁰⁵ Diese lässt sich zum ersten Mal im Jahr 1956 feststellen. Vgl. IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M2, Protokoll über die Generalversammlung der Arbeitsgemeinschaft parteifreier Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs am Sonntag, den 8.1.1956, 5, 8.1.1956.

¹⁰⁶ IHSF-Archiv, 5.2.3.1.M8, Die Arbeiterbewegung ist nicht Erbpacht einer Partei, vermutlich Ende 1963.

Und weiter wird sich innerhalb der Arbeiterbewegung klar positioniert:

„Es ist nur selbstverständlich, daß in einer Zeit, in der unter dem Zwang der veränderten Verhältnisse selbst innerhalb des Kommunismus die ideologische Diskussion in Fluß gekommen ist, und im marxistischen Sozialismus die Marxschen Lehren in Frage gestellt werden, die Gedankengänge des christlichen Sozialismus und des konservativen Sozialismus sich beleben und neu zur Entscheidung gestellt werden.“¹⁰⁷

Im Vorwort der im Jahr 1968 als Diskussionsbeitrag von der Arbeitsgemeinschaft herausgegebenen und von Pollak verfassten Broschüre „Das Problem der Mitbestimmung“ fasst er dies noch einmal deutlicher zusammen:

„Die Arbeitsgemeinschaft parteifreier Gewerkschafter empfindet sich selbst als ein natürlicher Zweig am Stamm der traditionellen Arbeiterbewegung. Ohne diese hätte sie keine Daseinsgrundlage. Sie wird aber von manchen ihrer Gegner als ‚Rechte Gruppe‘ bezeichnet. So wenig das richtig ist, hat es doch so viel für sich, daß auch positive Gedankengänge der politischen Rechten, des Konservativismus, in der Arbeitsgemeinschaft als Diskussionsthema ihren Platz haben und haben müssen. Dieser Beitrag zum Problem der Mitbestimmung könnte ein Anstoß dafür sein, etwas Bewegung in das konservative Denken unseres Landes zu bringen, das weiterhin erstarrt ist, und den Konservativismus als reaktionär mißversteht.“¹⁰⁸

4.3 Betriebsgemeinschaft & Mitbestimmung

Weitere zentrale Punkte der Programmatik der Arbeitsgemeinschaft/PFG stellen der Betrieb als Gemeinschaft aller Beteiligten und ihre Harmonisierung dar. So steht die Arbeitsgemeinschaft dafür, „das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch Betreten neuer Wege zu lösen. Dies sei nur dadurch möglich, daß zuerst die Atmosphäre zu entgiften ist.“¹⁰⁹. Diese neuen Wege wurden zwar als neu bezeichnet, bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings sehr schnell, dass es sich hierbei um alles andere als neue Gedanken handelt: Der Betrieb wird als Ganzes zu einer Gemeinschaft zusammengefasst, auf der Basis dieser Vorstellung einer Gemeinschaft wird die Forderung nach Mitbestimmung erhoben. So heißt es in einer Sammlung

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ IHSF-Archiv, M.2.3.1.M12, Das Problem der Mitbestimmung, November 1968.

¹⁰⁹ IHSF-Archiv, M.2.2.1.M3, Protokoll über die Landeskongress (Hauptversammlung) der Arbeitsgemeinschaft parteiloser Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs, Landesleitung Salzburg, 13.2.1955.

der Landesgruppe Steiermark von Grundgedanken zur Ausarbeitung eines Sozialprogramms: „Innerhalb der Betriebe, die wir als unser wichtigstes Arbeitsfeld betrachten, sehen wir unsere Aufgaben darin, mit der Ausschaltung betriebsfremden (sic!) Einflüsse die Ansätze für eine echte Betriebsgemeinschaft zu schaffen, um über sie zur betrieblichen Leistungsgemeinschaft und schliesslich zu unserem letzten Ziel, der betrieblichen Ertragsgemeinschaft zu gelangen.“¹¹⁰ Die soziale Frage wird als Frage der Befriedung in diesen Kontext eingebettet: „Unter der sozialen Frage sind alle jene ungelösten Probleme zu verstehen, die einer Befriedung in unserem Wirtschafts- und Gesellschaftsleben entgegenstehen.“¹¹¹ Und auch die Frage des Privateigentums wird klar beantwortet: „Die Sozialisten versteifen sich auf die Übertragung des Eigentums an den Produktionsmitteln, während für uns das Eigentum als solches von geringerer Bedeutung ist, als die Frage, was mit diesem Eigentum geschieht.“¹¹² Dementsprechend wird proklamiert: „Die AG ist nicht klassenkämpferisch, lehnt auch die Diktatur des Proletariats wie jede Diktatur ab und ist der Meinung, daß unter der Arbeiterschaft vielleicht so mancher zur Betriebsführung besser befähigt ist, als die geborenen und ererbten Betriebsbesitzer.“¹¹³ Auch hier präzisiert wiederum Pollak, wohin der Weg führen soll und wer die Schuld daran trägt:

„Der Arbeitnehmer ist durch eine jahrzehntelange Praxis gewerkschaftlicher Politik daran gewöhnt worden, das Ziel seines sozialen Kampfes nur darin zu sehen, ein möglichst großes Stück vom Sozialprodukt für sich zu erringen, und das im Kampf gegen das Unternehmertum, das sein natürlicher Feind war oder doch als solcher hingestellt wurde. Ein Unternehmertum, das ihm seinen gerechten Anteil am Sozialprodukt vorenthalten, ihn also ausbeuten wollte. Darüber hat der Arbeiter und Angestellte die wesentlichste Seite seiner Position in einer neuen Gesellschaft aus den Augen verloren: die Neugestaltung der Gesellschaft und des wirtschaftlichen Prozesses im Sinne der Harmonisierung von Kapital und Arbeit, mit dem Arbeitnehmer als gleichberechtigter Partner. Der Arbeiter ist nicht dazu erzogen worden, dieses Problem der Neugestaltung, das ihn selbst herausheben sollte aus der Anonymität seiner Existenz, richtig zu sehen und sich auf seine Lösung vorzubereiten. Hier liegt ein wesentliches Versagen der Gewerkschaftsbewegung vor.“¹¹⁴

¹¹⁰ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M4, Landesleitung Steiermark. Grundgedanken. Grundgedanken zur Ausarbeitung eines Sozialprogramms, Datum unbekannt.

¹¹¹ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M1, Protokoll über die 4. Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft parteifreier Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs, Landesgruppe Kärnten, 19.2.1956.

¹¹² Ebd.

¹¹³ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M4, Protokoll 1. Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft parteifreier Betriebsräte und Arbeitnehmer Österreichs (Referat: „Wir und die Gesellschaftsordnung“), 8.12.1955.

¹¹⁴ IHSF-Archiv, 5.2.3.1.M12, Das Problem der Mitbestimmung, S. 11, November 1968.

Ausgehend davon wird eine umfassende Mitbestimmung im Betrieb gefordert, durch die die Lohnabhängigen sich aktiv am Betrieb beteiligen sollen: „Dieses Gefühl für Mitverantwortung kann nur auf dem Wege der Mitbestimmung geweckt werden. Wer von dem Sektor aus, den er überschauen kann, das Gesamtwirtschaftliche (sic!) Geschehen betrachtet, wer sich als ein Glied, ein unlösbares Glied in dem Gesamtmechanismus fühlt, dem wird zwangsläufig auch der Sinn für seine Verantwortlichkeit aufgehen.“¹¹⁵. Als Ziel des Kampfs um Mitbestimmung, Erziehung und Harmonisierung wird eine angebliche natürlich organisierte Zukunft beschrieben:

„Am Ende dieses Entwicklungsprozesses wird ein organisches Ganzes im Wirtschaftsprozeß stehen. Der Arbeiter wird nicht mehr seine Arbeitskraft als Ware verkaufen, er wird reif sein für wirtschaftliches Mitdenken und für wirtschaftliche Mitverantwortung. Der demokratische Staat wird durch eine solche Entwicklung seiner ursprünglichen Aufgabe wiedergegeben. Immer mehr wird er sich von eigener unternehmerischer Tätigkeit zurückziehen müssen. Als ausgleichender, schlichtender Faktor wird ihm eine große Bedeutung zukommen.“¹¹⁶

Unschwer lässt sich an dieser kurzen Darstellung der Vorstellung von Betriebsgemeinschaft und Mitbestimmung als organisches Ganzes eine Aktualisierung korporativer Gesellschaftsvorstellungen und Volksgemeinschaftsdenken erkennen. Dementsprechend wird – zumindest in den 1960er-Jahren – auch öfter von „Standesvertretung“¹¹⁷ gesprochen.

4.4 Programmatische Stabilität

Diese im Zeitraum von 1952-1975 formulierte Programmatik, wie auch die formulierten Grundsätze blieben in ihrer inhaltlichen und meist auch wörtlichen Form gleichlautend. Lediglich die politische Verortung als sozial-liberal in den auf den Zeitraum zwischen 1956 und 1975 datierten Richtlinien verschwindet ohne Ersatz in späteren Versionen aus den Richtlinien.¹¹⁸ Mit der Umbenennung der Arbeitsgemeinschaft in Parteifreie Gewerkschafter und ihrer organisatorischen Umstrukturierung im Jahr 1975 sind kaum noch interne programmatische Beiträge feststellbar, das grundlegende ideologische Gerüst scheint klar festgelegt. Die wenigen inhaltlichen Referate kreisen um arbeitsrechtliche Fragen und die

¹¹⁵ IHSF-Archiv, 5.2.3.1.M12, Das Problem der Mitbestimmung, S. 15, November 1968.

¹¹⁶ IHSF-Archiv, 5.2.3.1.M12, Das Problem der Mitbestimmung, S. 19, November 1968.

¹¹⁷ IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Protokoll 1. Außerordentlicher Bundeskongress und 10-jähriges Jubiläum, 27, Datum unbekannt.

¹¹⁸ vgl. verschiedene Versionen der Richtlinien unter: IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M1.

Veränderung von Arbeitsverhältnissen.¹¹⁹ Zum 40-jährigen Jubiläum der PFG wird die Kontinuität der Programmatik von Bundesobmann Pfeifer in der Jubiläumsbroschüre nochmals extra betont: „Als Bundesobmann der Parteilosen Gewerkschafter Österreichs bin ich stolz darauf, daß wir unsere Zielsetzung seit 40 Jahren nie ändern mußten.“¹²⁰ In einer Kurzzusammenfassung innerhalb derselben Broschüre wird die ideologische Richtung dennoch in abgeflachter Form zusammengefasst: „Ziele der Parteilosen Gewerkschafter waren schon immer die Ablehnung des Kollektivismus, Bekenntnis zu den Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft, einer Wirtschaft mit leistungsgerechter Entlohnung, gesicherter Beschäftigung mit einem Höchstmaß an Sozialleistungen ohne Aufgabe persönlicher Grundfreiheiten. ‚Führende‘ Parteifunktionäre sollten nicht gleichzeitig leitende Funktionen in den Interessensvertretungen der Arbeitnehmer ausüben.“¹²¹ Diese Betonung der ideologischen Stabilität zieht sich durch die folgenden Jubiläen hindurch: „Die Parteilosen Gewerkschafter Österreichs sind stolz, dass sie ihre Zielsetzungen und Grundsätze seit 50 Jahren nicht ändern mußten.“¹²² Und auch zum letzten gefeierten Jubiläum im Jahr 2012 – dem 60-jährigen Jubiläum – wird diese Stabilität weiterhin betont.¹²³

Aus der selbst auferlegten Beschränkung der Tätigkeit der „Gesinnungsgemeinschaft“¹²⁴ auf die sozialpolitische Ebene findet sich nur einmal ein Ausreißer im vorhandenen Quellenbestand: Die Verabschiedung einer Resolution, „(...) die sich mit den Ereignissen in Südtirol beschäftigte und die italienischen Unterdrückungsmaßnahmen verurteilte. Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen.“¹²⁵

V. Berührungspunkte zum Rechtsextremismus: Schlaglichter aus der Zeit nach 1975

Während also spätestens ab 1975 inhaltlich gerüstet und gefestigt die interne inhaltliche Auseinandersetzung keine große Rolle mehr spielt¹²⁶, wird sich verstärkt auf die

¹¹⁹ vgl. IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M2, 5.2.2.5.M3, 5.2.2.5.M4, Bundesleitungsprotokolle 1952-2008.

¹²⁰ IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Broschüre PFG 1952-1992. 40 Jahre im Dienste der Arbeitnehmer, 3, 3.10.1992.

¹²¹ IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Broschüre PFG 1952-1992. 40 Jahre im Dienste der Arbeitnehmer, 03.10.1992.

¹²² IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Broschüre PFG 1952-2002. 50 Jahre im Dienste der Arbeitnehmer, 7, 25.5.2002.

¹²³ IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Manuskript Ansprache 60-jähriges Jubiläum, 6, 5.5.2012.

¹²⁴ IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Broschüre PFG 1952-2002. 50 Jahre im Dienste der Arbeitnehmer, 3, 25.5.2002.

¹²⁵ IHSF-Archiv, 5.2.2.1.M10, Protokoll Landeskonferenz Wien, 13.10.1956.

¹²⁶ vgl. Bundesleitungs- und Landesleitungsprotokolle ab 1975.

gewerkschaftliche Arbeit konzentriert: Mitgliederakquirierung, Herausgabe der Zeitung „Der parteifreie Gewerkschafter“, Vertretungs- und Interessensfragen sowie Betriebs- und Arbeiterkammerwahlen. In diesem Abschnitt sollen nur mehr einige Schlaglichter aus der Zeit nach 1975 – vor allem auffällige Berührungspunkte zum Rechtsextremismus – zum Thema gemacht werden, alles andere würde den Rahmen dieses Textes sprengen.

Während sich zwar in dieser Zeit keine ideologischen Aktivitäten in Form von Diskussionen feststellen lassen, zeigen sich solche Aktivitäten in immer wieder auftretenden Berührungspunkten zum Rechtsextremismus¹²⁷ und internationalen Kontakten. Erwähnenswert erscheint hier die Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen Arbeitnehmern (FA), wie zum Beispiel im Magistrat Linz in Form einer Gemeinschaftsliste von PFG, FCG und FA.¹²⁸ Gleichzeitig muss an dieser Stelle auch darauf hingewiesen werden, dass sich nach 1975 im untersuchten Material auch Hinweise auf punktuelle Ablehnungen einer Zusammenarbeit mit der FPÖ finden lassen: So zum Beispiel bei der Ablehnung eines internen Vorschlags zur gemeinsamen Kandidatur mit den FA bei den Betriebsratswahlen 1996 in der Voest Alpine Stahl Gesm.b.H durch den Vorstand der Landesleitung Oberösterreich.¹²⁹ Ein weiterer Berührungspunkt zum organisierten Rechtsextremismus zeigt sich im Motto des 40-jährigen Jubiläums im Jahr 1992: Als Motto wurde ein Gedicht des Rechtsextremisten und verurteilten Mörders Otto Rudolf Braun gewählt.¹³⁰ Dieses Gedicht findet sich weiters auch auf einem Flugblatt der Betriebsgruppe VOEST aus dem Jahr 1988.¹³¹

VI. Internationale Kontakte: Bund freier Gewerkschaften

Ab 1991 organisieren sich die Parteifreien Gewerkschafter international. Und auch hier zeigen sich bei genauerem Hinsehen Berührungspunkte zum organisierten Rechtsextremismus: In diesem Jahr erfolgt der Beitritt zum Weltbund freiheitlicher Arbeitnehmer auf liberaler Grundlage (WfAalG), ein seit 1947 bestehender Zusammenschluss¹³² rechter, liberaler bis – zumindest bis 1994 – rechtsextremer Gewerkschaften, und die damit einhergehende Teilnahme

¹²⁷ Zur Definition von Rechtsextremismus siehe: Willibald I. Holzer, Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, 12-96, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994.

¹²⁸ IHSF-Archiv, 5.2.2.4.M5, Parteifreie, Blaue und Schwarze kandidieren gemeinsam, 13.2.1998.

¹²⁹ IHSF-Archiv, 5.2.2.2.M3, Protokoll über die Landesleitungssitzung am 4. Dezember 1995, 4.12.1995.

¹³⁰ IHSF-Archiv, 5.2.2.8.M4, Broschüre PFG 1952-1992. 40 Jahre im Dienst der Arbeitnehmer, 3.10.1992.

¹³¹ IHSF-Archiv, 5.2.3.1.M11, Flugblatt PFG Voest-Alpine Oktober 1988, Oktober 1988.

¹³² Horst-Udo Niedenhoff/Wolfgang Pege, Gewerkschaftshandbuch. Daten, Fakten, Strukturen. Ausgabe 1987, Köln 1987, 148

am 31. Kongress WfAalG. Mitglieder dieses Zusammenschlusses waren bis 1993 der klar in Tradition der gelben Gewerkschaften stehende Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) – später Mitglied unter dem Namen SYNA, ein Zusammenschluss des LSFA und christlicher Gewerkschaften in der Schweiz -¹³³, die belgische liberale Gewerkschaft Centrale Générale des Syndicats Libéraux de Belgique/Algemene Centrale der Liberale Vakbonden Van België (CGSLB/ACLVB; deutsch: Generalbund der liberalen Gewerkschaften Belgiens)¹³⁴, der Deutsche Arbeitnehmer-Verband (DAV) und die PFG. Im Jahr 1992 erfolgte dann die Umbenennung in Bund freier Gewerkschaften (BFG).

Schon 1990 – im Rahmen eines ersten Gesprächs zwischen Weltbund und PFG – wurde der Bundesleitung mitgeteilt, dass es innerhalb des Zusammenschlusses „(...) Schwierigkeiten mit den Deutschen gibt, die zur Zeit mit den Republikanern sympathisieren“¹³⁵ und der Kongress 1990 deshalb nicht stattfinden könne. Nachdem der Beitritt ein Jahr später erfolgte, dürften diese Informationen allerdings zu keinerlei Bedenken geführt haben. Und auch bei den beiden weiteren Mitgliedern des Zusammenschlusses ist offensichtlich, dass dieser Umstand zu keinen weiteren Bedenken führte, waren sie doch schon seit Jahrzehnten gemeinsam mit dem DAV organisiert und entschlossen sich, diese Organisation weiterzuführen. Die Sympathien des DAV für die Republikaner kamen definitiv nicht von irgendwoher: Der DAV wurde im Jahr 1952 unter dem Namen Deutscher Arbeiter-Verband als der Sozialistischen Reichspartei (SRP) nahestehende Vereinigung gegründet. 1954 erfolgte die Umbenennung in Deutscher Arbeitnehmer-Verband. Seit der Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) gilt der DAV als unter dem Einfluss der NPD stehend und als deren gewerkschaftlicher Arm.¹³⁶

Die Umbenennung des Weltbunds und die Gründung des Bunds freier Gewerkschaften im Jahr 1992 erfolgte also in Zusammenarbeit mit einer klar im organisierten Neonazismus verankerten Gewerkschaft. Erst als im Jahr 1993 der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz den DAV unter Beobachtung stellte, begann sich innerhalb des BFG Unmut zu äußern. Dieser Unmut drückte sich vor allem auf der zweiten Konferenz des BFG im selben Jahr aus: Der DAV relativierte die von den Behörden vorgeworfene Unterwanderung – ein in Hinsicht auf die Entstehungsgeschichte völlig untertriebener Vorwurf – durch Rechtsextreme und behauptete, dass es sich dabei um einige wenige handle. Diskutiert wurde ein strategischer Umgang mit der

¹³³ Zur politischen Einordnung: Bernhard Ebbinghaus/Jelle Vesser, Trade Unions in Western Europe since 1945, Basingstoke 2000, 663 & 666.

¹³⁴ Zur politischen Einordnung: Ebbinghaus/Vesser, Trade Unions, 117.

¹³⁵ IHSF-Archiv, 5.2.2.5.M3, Protokoll über die 25. Bundesleitungssitzung, 31.3.1990.

¹³⁶ Jens Mecklenburg (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, 249.

Situation und man einigte sich auf die Suspendierung der Mitgliedschaft des DAV, bis eine gerichtliche Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Überwachung durch staatliche Behörden Klarheit schaffen sollte.¹³⁷ Diese Suspendierung wurde mit einem Austritt des DAV, unter anderem begründet mit „unkollegiale[m] Verhalten“¹³⁸, aus dem BFG im Jahr 1994 beendet.¹³⁹ Eine Verurteilung des DAV oder eine Aussage, die über einen strategischen Umgang mit der Situation hinausgeht, findet sich weder in den Protokollen noch in den vorhandenen Korrespondenzen. Als einziges Problem wurde die Nähe zu einer politischen Partei verhandelt.

Nach diesem Austritt blieb die Zahl der Mitgliedsorganisationen im BFG konstant bei den drei übrig gebliebenen Gewerkschaften. Als schließlich im Jahr 2004 die SYNA ohne Angabe von Gründen den Zusammenschluss verließ¹⁴⁰, wurde der Bund freier Gewerkschaften schließlich 2005 aufgelöst.¹⁴¹ Damit endete auch die über die österreichischen Staatsgrenzen hinaus reichende Organisierung der Parteifreien Gewerkschafter.

VII. Zusammenfassung

Der historische Abriss hat vor allem drei wichtige Aspekte der Frühgeschichte der Parteifreien Gewerkschafter gezeigt:

- 1) Dass es sich in der Frühphase der PFG nicht einfach um einen Zusammenschluss parteiungebundener Betriebsräte und Arbeitnehmer handelte, sondern diese viel mehr eine über das Prädikat „parteilos“ hinausgehende, inhaltlich agierende Gruppe darstellt(e). Darauf deutet die sehr klar formulierte Programmatik hin, aber auch noch ein weiterer Umstand zeigt dies deutlich: Nicht nur wurde in der Zeit von 1952-1975 eine gemeinsame programmatische Grundlage für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft geschaffen, aus dem vorliegenden Material zeigt sich, dass es scheinbar keinen nennenswerten inhaltlichen Dissens um die Schaffung dieser klar korporativen Programmatik gegeben hat.
- 2) In der Zeit des Bestehens des VdU bzw. WdU findet sich ein Naheverhältnis zu diesen. Dieses ist von (strategischer) Abgrenzung, personeller Überschneidung und personeller Fluktuation geprägt. Führende Mitglieder waren vor und/oder nach der Gründung der

¹³⁷ IHSF-Archiv, 5.2.1.2.M2, Protokoll der zweiten Konferenz Bund freier Gewerkschaften, 10-14.

¹³⁸ IHSF-Archiv, 5.2.1.1.M1, Brief DAV an BFG, 22.4.1994.

¹³⁹ Ebd.

¹⁴⁰ IHSF-Archiv, 5.2.1.1.M1, Brief SYNA an BFG, 26.3.2004.

¹⁴¹ IHSF-Archiv, 5.2.1.2.M9, Beschlussprotokoll der 9. BFG Konferenz, 26.2.2005.

Arbeitsgemeinschaft Teil des VdU, teilweise auch während ihrer aktiven Zeit aktive Mitglieder des VdU/WdU.

- 3) Die Arbeitsgemeinschaft stellte ein Sammelbecken für Nationalsozialisten dar und wurde von einigen – seit Jahren durch verschiedene Organisationen hindurch organisierte – Nationalsozialisten mitbegründet. Durch das Fehlen von Mitgliederverzeichnissen und wichtigen Informationen zu Mitgliedern ist allerdings eine die ganze Organisation durchdringende Untersuchung zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Einigermmaßen bekannte und lange organisierte Nationalsozialisten konnten jedoch ausgemacht und deren politische Biografien rekonstruiert werden sowie eine erste Untersuchung zur NSDAP-Mitgliedschaft der Mitglieder der Landesgruppe Oberösterreich und der Bundesleitung durchgeführt werden. Deren Ergebnisse deuten darauf hin, dass sich gerade die Funktionärschicht der Arbeitsgemeinschaft zu einem großen Teil aus alten Nationalsozialisten zusammensetzte.

Neben diesen Erkenntnissen gibt es noch weitere Aspekte der Frühgeschichte der PFG, die einer tiefergehenden Untersuchung wert wären: 1) Das Verhältnis zur FPÖ und 2) Die personelle Kontinuität zur „Unabhängigen Gewerkschaft“ der Zwischenkriegszeit. Diese hat sich in der Person Alois Mosler gezeigt, zu klären wäre hier, ob es sich dabei um einen Einzelfall handelte oder ob eine solche Kontinuität verstärkt feststellbar ist.

Gleichzeitig wartet der Zeitraum von 1975 bis in die Gegenwart auf eine weitergehende Betrachtung, um einen Gesamtüberblick über die Geschichte der PFG zu erhalten.

VIII. Literatur

Bailer, Brigitte/Neugebauer, Wolfgang, Rechtsextreme Vereine, Parteien, Zeitschriften, informelle/illegale Gruppen, 251, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hrsg.), Handbuch österreichischer Rechtsextremismus, Wien 1994.

Ebbinghaus, Bernhard/Visser, Jelle, Trade Unions in Western Europe since 1945, London/New York 2000.

Höbelt, Lothar, Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz 1999.

Höbelt, Lothar, Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948-1955, Wien/Köln/Weimar 2015.

Holzer, Willibald I., Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, 12-96, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1994.

Karner, Stefan, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz/Wien 1986.

Mecklenburg, Jens (Hrsg.), Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996.

Niederhoff, Horst-Udo/Pege, Wolfgang, Gewerkschaftshandbuch. Daten, Fakten, Strukturen. Ausgabe 1987, Köln 1987.

Oberleitner, Wolfgang, Politisches Handbuch der Republik Österreich. 1945-1960, Wien 1960.

Piringer, Kurt, Chronologie Verband der Unabhängigen (VdU). 1949-1955, Wien 1993.

Reiter, Margit, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ, Göttingen 2019.

Schlag, Gerald, Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. XX. Jahrhundert, Eisenstadt 1991.

Thurnher, Ingrid, Auf den Spuren des Udo Proksch. Der Zuckerbäcker der eine ganze Republik verführte, Salzburg 2011.